

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltezeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. November d. J. den Ober-Finanzrath im Oremium der böhmischen Finanz-Landes-Direction, Anton Machotka, auf den erledigten Posten eines Ober-Finanzrathes und Finanz-Bezirksdirectors für die Hauptstadt Prag zu berufen, und zum Ober-Finanzrath im Oremium der böhmischen Finanz-Landesdirection den dortigen Finanzrath, Joseph Faber, allergnädigst zu ernennen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin haben nachstehende Damen zu Allerhöchsthren Palastdamen allergnädigst zu ernennen geruht:

Mathilde Gräfin v. Dubsky, geborne Gräfin Zierotin.

Therese Gräfin v. Herberstein, geborne Gräfin Dietrichstein.

Therese Gräfin v. Meran, geborne Gräfin Lamberg.

Francisca Gräfin Pejacsevic, geborne Gräfin Esterházy.

Therese Gräfin v. Waldstein, geborne Gräfin Zichy.

Vom Ministerium für Handel und Volkswirtschaft ist der Telegraphen-Inspector, Georg Schneider in Jungsbrunn in gleicher Eigenschaft zum Vorsteher der Telegraphenwerkstätte und des Telegraphen-Centraldepots in Wien ernannt worden.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 29. November.

Der Bundestag hat den dänischen Gesandten hinaus votirt. Man könnte auf dieß Votum hin glauben, der Bundestag werde die Rechte des Herzogs Friedrich anerkennen; allein das nicht; der Bundestag hat auch den Gesandten des Augustenburger nicht zugelassen. Die Herzogthümer sind also gegenwärtig nicht vertreten.

Mittlerweile nimmt nicht nur die nationale Bewegung in Deutschland zu, es regt sich auch bereits die Reaction. Eine Regierung ist schon mit Maßregelung des erwachten Patriotismus voraus gegangen. Der Hamburger Senat hat sich ausgezeichnet, indem er durch seine Polizei den schleswig-holsteinischen Verein, der sich dort zur Unterstützung der deutschen Brüder gebildet hatte, aufheben ließ. Das ist die erste Handlung einer deutschen Regierung in einer Sache, welche die deutsche Nation zu der Ihrigen erklärt hat!

Ueber die Antwort Englands in der Congressfrage schreibt man der „West. Ztg.“ aus London, dieselbe sei so genau erwogen worden, daß vielleicht nie aus der Region des Foreign Office ein Actenstück gekommen ist, das in der Form seiner und geglätteter gewesen wäre.

Das Schriftstück besteht aus fünf Punkten. In den vier ersten werden die vier Gegenstände durchgesprochen, welche nach der französischen Ansicht zur Verhandlung kommen sollten. Englands erste Aeußerung war nämlich gewesen: die Einladung sei vag; es könne leicht geschehen, daß unter zwanzig und einigen größeren oder kleineren Staaten einer und der andere aus Uebelwillen oder Ungeschicklichkeit delicate Dinge zur Sprache bringe, Gefühle verletze oder erbittere. Darauf hatte Frankreich erwidert, es wären die Zustände von vier Ländern zu verhandeln; jene Polens, Italiens, Dänemarks und der Donau-Fürstenthümer.

Die englische Regierung erwidert, daß alle diese Gegenstände auf einem Congresse unmöglich eine friedliche Erledigung finden würden. Rußland und Oester-

reich werden nicht gestatten, mit einem Theile ihres Gebietes zu walten. Polen sei die brennendste Frage. Die drei Mächte haben versucht, sich ins Mittel zu legen; sie haben eine Abweisung einstreichen müssen. Sollte sich derlei auf einem Congresse wiederholen, so werden die Mächte sich entweder erniedrigt sehen oder zu Feindseligkeiten schreiten müssen; England aber wolle keinen Krieg, es habe für Polen das Seinige gethan. Deshalb sei dieser Gegenstand zur Verhandlung im Congresse nicht geeignet.

Der König von Italien künde Oesterreich wie Frankreich gegenüber in einer schwierigen Position. Er könnte weder den Kirchenstaat, noch die österreichische Herrschaft in Venetien anerkennen (aber im Züricher Frieden hat er sie anerkannt; die Red.) ohne mit seinen Unterthanen zu zerfallen. Oesterreich erkenne seinerseits das Besitzrecht Victor Emanuels in Toscana, Modena und Neapel nicht an, noch weniger werde es sein eigenes Besitzthum aufgeben. Die beiden Potenzen könnten einander stillschweigend ertragen; komme es zu Erörterungen, so müssen sie collidiren.

Die dänische Frage sei wohl brennend, aber was könne ein Congress mehr thun, als schon geschehen? Vor elf Jahren sei ein Vertrag geschlossen worden, der Vertrag binde die deutschen Regierungen. Ein neues Uebereinkommen konnte dem alten nichts hinzufügen: es sei unnütz, über die Sache mehr zu conferiren. Fürst Gunga scheine zwar nicht gut zu regieren, aber die Differenz dort sei so wichtig nicht, am Gegenstand eines Congresses zu werden.

Aus all' dem, schließt die englische Regierung, sehe sie sich mit Bedauern veranlaßt, die Beschickung eines Congresses abzulehnen.

48. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 27. November.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Plener, v. Lasser, Freiherr v. Burger, Dr. Hein; ferner Freiherr v. Kalchberg, Ministerialrath Schmid, Ministerialrath Gobbi.

Vorsitzender: Vicepräsident v. Hopfen.

Vertheilt werden Finanzaußschußbericht: Hofkanzlei für Croatien und Slavonien; Finanzministerium, allgemeine Cassenverwaltung, Stempel, Lizenzen, Gebühren von Rechtsgeschäften; ferner Ausschußbericht über die Regierungsvorlage über Bestimmung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaaren.

Freiherr v. Kalchberg bezeichnet die Stellung der Regierung zu der Angelegenheit der Lemberg-Gernowitzer Eisenbahn. Die ersten Concessionswerber wurden befragt, ob sie neue Anträge zu stellen hätten, was dieselben verneinten, indem sie das Votum des Hauses abwarten wollten. Durch die dem neuen Ausschußbericht beigefügte Proposition des Herrn v. Klein sieht sich die Regierung nicht bestimmt, ihre Vorlage zurückzuziehen, bittet vielmehr das Haus, in der Debatte fortzufahren.

Das Wort wird dem gegen die Ausschüßanträge eingeschriebenen Abg. Skene ertheilt. Derselbe wünscht vorher die Begründung der neuen Anträge durch den Berichterstatter zu hören.

Berger unterstützt das Verlangen.

Der Berichterstatter Mühlfeld erklärt, daß die Abänderungen in die Specialdebatte gehören.

Nach einer längeren Conversation zwischen dem Präsidenten, dem Berichterstatter, Stummer und Skene, stellt Letzterer den Antrag:

„Die Begründung der Anträge des Ausschusses solle dem Hause erstattet und nöthigenfalls in Druck gelegt werden.“

Der Antrag wird verworfen und es erhält nun abermals das Wort

Skene: Gegenüber den neuen Vorschlägen erscheinen selbst die alten vielgeschmähten noch als correct. Der verstärkte Ausschuß habe die Arbeit eines Schneiders geleistet, welcher einen verschnittenen Rock verbessern soll. Einzelne Theile sind passend angelegt, aber das Ganze bleibt eine schlechte Arbeit. Er tadelt namentlich den Mangel der Bestimmungen über Entfernung, Gefällsverhältnisse u. s. w. Der Ausschuß wolle dem Staat 60.000 fl. mehr auflassen als der Offertent begehrt und über dieß unbegreifliche Verhältniß hoffe er durch die Begründung des Ausschüßantrages Aufklärung zu erhalten.

Die Rechnung, daß die dagegen gestellten Bedingungen ein Aequivalent bildeten, sei fehlerhaft, die Mehrausgabe durch die von Klein verlangten Zinsvorschuße würde im äußersten Falle 15.000 fl. gegenüber 60.000 fl. betragen. Unterrichte man sich nicht gründlich über die Gefällsverhältnisse, so könne der Staat bei einem niedrig garantirten Capital mehr zahlen als bei einem hohen. Ihm scheine bei der ganzen Angelegenheit mehr die Speculation als der Verkehr interessirt zu sein. (Widerspruch rechts.) Er halte seinen früheren Antrag aufrecht.

Herbst. Die Amortisationsquote solle nicht neben dem Betrage von 1½ Millionen, sondern vor demselben garantirt werden, es ergebe sich also wirklich eine Ersparung. Das Minus des Kleinschen Offerts werde durch die halbjährige Zinszahlung vollkommen compensirt, den Concessionswerber aber entschädige dafür die Herabsetzung der Amortisationsquote, welche der Ausschuß nach 90 Jahren berechnen will, während Klein dieselbe viel höher auf 45.000 fl. jährlich setzt. Die Bestimmungen über die Trace stünden in dem ersten Gesetzentwurfe und nicht derentwegen sei die Vorlage an den Ausschuß zurückgewiesen, der Ausschuß habe also keine Veranlassung, diese Frage in Erwägung zu ziehen.

Berger erkennt die Zifferangaben des Vorredners als richtig an. Der Ausschuß aber muthe dem Hause zu, eine Subvention in abstracto zu beschließen, und sei zugleich so inconsequent die Hauptsache aus dem System der persönlichen Concessionierung in das System der unpersönlichen Concessionierung herüberzunehmen. Es scheine aber den ersten Concessionswerbern die Concession bereits bedingungsweise ertheilt zu sein. Der gerade und consequente Weg sei, die finanziellen Punkte ein für allemal festzustellen, im Uebrigen aber auf das Eisenbahnconcessionsgesetz zu verweisen. (Bravo!)

Nach einer kurzen Erörterung zwischen Skene und Herbst wird die Generaldebatte für geschlossen erklärt.

Der Finanzminister. Von seinem Standpunkte aus müsse ihm die Bahn, welche die billigste ist, am meisten willkommen sein und müsse er anstatt der Pauschalsumme die Berechnung nach der Meilenzahl wünschen. Aber er glaube, daß der Bau nicht noch verzögert werden dürfe, Galizien müsse in Allem zurückbleiben, da es ihm an Verkehrsmitteln fehle. Die Bukowina habe z. B. einen ungeborenen Reichtum an Wäldern, der eben deshalb nicht ausgebeutet werden könne. Die Steuerlast, obgleich nicht absolut übermäßig, sei doch den Verhältnissen nach sehr drückend, und das könne sich nur ändern, wenn mit dem Eisenbahnbau nicht aufgehallen werde. Er bitte das Haus von Details abzusehen, welche das Zustandekommen des Gesetzes noch in dieser Session verhindern könnten. (Bravo! Bravo!)

Der Berichterstatter wird nur auf die Redner Rücksicht nehmen, welche eine Tagesordnung im Auge haben, die Besprechung der sonstigen Bemerkungen aber auf die Specialdebatte sich versparen. Die Trace sei in der Regierungsvorlage bestimmt und genauer als es dort geschehen, überhaupt wohl noch nie in einem Eisenbahngesetze. Die sorgfältigsten

Tracirungen seien noch immer in der Ausführung verändert worden. Das allgemeine Gesetz und der Gesegentwurf enthalten das Nöthige in Betreff der Krümmungen und Steigungen. Die Entscheidung darüber liege der Staatsverwaltung ob und diese sei dazu auch viel mehr in der Lage als das Haus. Wo denn der Satz im Gesetze stehe, daß die Bahn, welche nicht concessionirt werden kann, auch nicht subventionirt werden dürfe? Und Berger selbst, welcher diesen Satz aufstellte, sei jetzt geneigt, ein Subventionsgesetz vor Ertheilung der Concession zu beschließen. Die Versäumnisse der ersten Bewerber gegenüber dem Eisenbahnconcessionsgesetze seien zum Theil vom Ausschusse nachgeholt worden; übrigen könnten solche nicht verhindern, eine Subvention zu beschließen. Weßhalb ein Ausnahmengesetz nur in Ansehung einer Person, nicht auch einer Sache erlassen werden dürfe, sehe er nicht ein; auch bestreitet er die Vermischung persönlicher und unpersönlicher Momente. Redner wendet sich dann zur Bekämpfung der Einwürfe gegen die Rentabilität der Bahn und erinnert daran, daß auch der zweite Bewerber sich nur für die Dauer dieses Jahres gebunden erachte.

Es kommen nun die Anträge von Stamm und Skene zur Abstimmung. Für Stamm's motivirte Tagesordnung erheben sich nur einige Abgeordnete.

Auch Skene's Vertagungsantrag (bis die Concessionswerber den Bedingungen des Eisenbahnconcessionsgesetzes nachgekommen sein würden) wird mit großer Majorität abgelehnt.

In der Specialdebatte wird der Titel des Gesetzes angenommen.

Die vorgreifenden Anträge von Kaiser und Puger bleiben ohne Unterstützung.

Der Berichterstatter verteidigt nun die Anträge des Additionalberichts. Sobald zwei Bewerber vorhanden waren, hielt es der Ausschuss nicht mehr für die Sache des Hauses, sich mit der Personenfrage zu befassen, sondern nur die Bedingungen festzustellen, unter welchen die Regierung die Concession ertheilen könne.

Skene beantragt die Weglassung der Stelle von der Zinsengarantie: „oder die — entsprechend demselben nach dem Kurse der österreichischen Währung in Silber zu einer ausländischen Gold- und Silberwährung in solcher Währung festzusetzende — Summe.“

Berger acceptirt dankbar das Zugeständniß des Berichterstatters, daß es sich gegenwärtig gar nicht mehr um eine bestimmte Person handle. Das Schweigen der Regierungsvertreter lege er sich so aus, daß eine Concession in der That noch nicht verliehen sei. Hierauf fußend stelle er den Zusatzantrag: „Bei Ertheilung dieser Concession ist sich genau an die Bestimmungen des Eisenbahnconcessionsgesetzes zu halten.“ (Unterstützt)

Stummer erklärt sich gegen den Antrag des Ausschusses, ein Pauschalverträgniß zu garantiren, und beantragt nach den Worten „Gewährleistung eines Reinertragnisses“ folgende Fassung: „von 40.000 fl. in Silber für die Meile bei einer Maximallänge von 36 Meilen.“

Freiherr v. Kalchberg macht darauf aufmerksam, daß die Annahme des Stummer'schen Antrages beide Bewerber zurückweisen würde, und betont noch einmal die Nothwendigkeit, keine Zeit zu versäumen. Gegen Skene bemerkt er, daß man doch die Verwendung der Papiere auf ausländischen Märkten im Auge haben und deshalb auf fremde Währungen Rücksicht nehmen müsse. Auch gegen Berger's Antrag müsse er sich erklären.

Finanzminister v. Plener. Nach dem Inhalte des Artikels wird die Garantie überhaupt in Silber bedungen, u. z. auch in dem klein'schen Offerte. Aus einer Vergleichung von Silber in österreichischer Währung mit ausländischem Silber erscheine nun aber eine deprimirende Folgerung auf die österreichischen Finanzverhältnisse keineswegs gezogen. Anders wäre die Sache, wenn es sich hier um eine Vergleichung österreichischen Papiergeldes mit ausländischem Silber handelte.

Stummer replicirt gegen die Ausführungen des Sectionschefs v. Kalchberg. Er hält die Besorgniß fest, daß bei einer Pauschalvergütung jedenfalls die kürzeste Route gewählt werden würde.

Sectionschef v. Kalchberg constatirt, daß die Concessionswerber gerade umgekehrt fürchten, bei einer Pauschalgarantie von der Regierung zur kürzesten Trasse gezwungen zu werden, ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Strecke.

Stamm ergreift das Wort um, freilich hinterher, doch es auszusprechen, daß eine Concessionirung ohne bestimmte Pläne und Voranschläge für beide Theile, Regierung wie Concessionäre, sehr gefährlich ist.

Nach einer längeren Schlußrede des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten.

Das Amendement Stummer bleibt in der Minorität, ebenso das Amendement Skene und der Zusatzantrag Berger.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Artikel II wird ohne Debatte in der vom Ausschusse selbst amendirten Fassung angenommen. Die Summe des zu tilgenden Capitaless ist hiernach mit 29.000.000 fl. angenommen.

Zu Artikel III „Zinsengarantie für eine Zweigbahn“ stellt Herbst einen abändernden Antrag, welcher die Erwähnung eines Anlagecapitals bei einer eventuell nach Strey zu führenden Zweigbahn beseitigt. Statt dessen soll es hier heißen: „Die Summe des zu garantirenden jährlichen Reinertragnisses.“

Der Artikel 3 wird mit dem Amendement Herbst für solange suspendirt, bis die Abstimmung über Art. VII., Alinea 1 erfolgt sein wird.

Artikel IV. (Befreiung von der Einkommenssteuer durch fünf Jahre) wird ohne Debatte angenommen.

Zu Artikel V macht Herbst aufmerksam, daß im Schlußsage ein Fortdauern des Agio auf ewige Zeiten vorausgesetzt wird. Die Schlußworte des Artikels hätten wegzufallen.

Finanzminister v. Plener gibt eine Interpretation des Artikels, da derselbe aus anderen, bereits mit Gesetzeskraft bestehenden Concessions-Urkunden wörtlich entnommen wurde. Wenn der Durchschnittscurs des Agio sich beispielsweise auf 20% beläuft, so werde der Unternehmer den Agiozuschlag mit 15% erheben dürfen und man werde ihn nicht verhalten dürfen nur 13% zu fordern. Der Sinn des Artikels geht dahin, daß die Differenz zwischen dem festgesetzten Durchschnittscurs des letzten Monats und dem Agiozuschlag, welchen man dem Unternehmer gestattet, keine größere sei als fünf Percent.

Der Art. V. wird mit dem Amendement Herbst's angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Montag.

Oesterreich.

Wien. Se. k. k. Apostolische Majestät haben, wie dem „Sürgöny“ aus Epries mitgetheilt wird, zum Wiederaufbau der in der Gemeinde Alinaroz im Sárosi Comitath abgebrannten griechisch-katholischen Kirche 200 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— Herr Erzherzog Franz Karl hat am Schlusse der Saison den Armen von Ischl ohne Unterschied der Confession, 3000 fl., der Pfarrkirche 200 fl., der Suppenanstalt 230 fl., zum Baue des Gemeinde-Armenhauses 100 fl. und zum Curfonds 100 fl., Frau Erzherzogin Sophie den Armen 462 fl. gespendet.

Wien, 27. November. In der heutigen Gemeinderathssitzung beantragte Mühlfeld eine Adresse an den Kaiser, in welcher die Gefühle der Reichshauptstadt für die Wahrung und Durchführung der Rechte von Schleswig-Holstein ausgedrückt und die Bitte an Seine Majestät gerichtet werden soll, daß ein kräftiges Einschreiten des Bundes veranlaßt werde.

An die Polizei-Direction ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition um Gestattung einer Volksversammlung eingereicht worden, in welcher die Sympathien Wiens für die Elbherzogthümer kundgegeben werden sollen.

Im Finanzausschusse interpellirt der Abgeordnete Eiselsberg den Minister Rechberg, ob 15.000 Mann als Bundes-Contingent aufgestellt werden. Rechberg antwortet ausweichend. Giskra drängt auf eine Antwort, worauf Rechberg erklärt: Das Aufstellen des Reservecorps erfolgt, doch dessen Stärke ist noch nicht bestimmt, da sie von dem Bundesbeschlusse abhängig sei.

— Am 26. d. M. hat im SitzungsSaale des böhmischen Landesausschusses zu Prag in Anwesenheit der Beisitzer und der Beamten des Landesausschusses die Einführung Sr. Excellenz des neuernannten Oberst-Landmarschalls des Königreiches Böhmen, Herrn Grafen Rothkirch-Pantzen, durch Se. Excellenz den Statthalterei-Vizepräsidenten Grafen Belcredi stattgefunden.

Aus Oberitalien schreibt man der „Tr. Ztg.“: „Die Theilung der Verwaltung zwischen der lombardisch- und central-italienischen und der Venetianer Südbahngesellschaft ist nun definitiv beschlossen und tritt mit 1. Jänner 1864 in Wirksamkeit. Der General-Baudirector der Gesellschaft, Herr Dehoux, welcher seinen Sitz in Turin hat, tritt die Leitung sämmtlicher, zum Verwaltungsbezirke der österreichischen Südbahngesellschaft gehörigen Bauten, mithin auch jene der Brennerbahn, an den Baudirector Egel ab, und dieser wird sich zur Leitung des Baues der Brennerbahn nach Tirol begeben. Der Bau selbst wird etwa Mitte März k. J. in Angriff genommen werden und sind ungefähr 10.000 Arbeiter bereits für die Bauten engagirt. Am 30. d. M. findet die Versteigerung statt und concurriren, wie wir hören, bereits vier Gesellschaften von Capitalisten um denselben, nämlich eine französische, eine englische, eine belgische und eine lombardische Association. Da aber

die letztere die bedeutendsten Capitalien zur Verfügung hat und obendrein, um Concurrenz zu vermeiden, sich entschlossen hat, eine Fusion mit venetianischen und tiroler Capitalisten einzugehen, so hofft man, daß dieser das Unternehmen übergeben werden wird.

Ausland.

München, 26. November. („Botschafter.“) Der Ausschuss des (allgemeinen) deutschen Reform-Vereins hat heute folgenden Beschluß gefaßt: „Der Umschwung in den Verhältnissen der Herzogthümer Schleswig-Holstein, herbeigeführt durch den Tod Friedrich VII. von Dänemark, veranlaßt den Ausschuss des deutschen Reform-Vereins, seiner Anschauung nachstehenden Ausdruck zu geben:

Der Eintritt des Königs von Dänemark hat die schon bestehenden Schwierigkeiten durch die praktisch gewordene Erbfolgefrage wesentlich gesteigert. Die gefährdeten Rechte der Herzogthümer und ihres legitimen Fürsten fordern in erhöhtem Maße Deutschland zur Erfüllung seiner bundesgesetzlichen Pflichten auf.

Das gesammte deutsche Volk, ohne Unterschied der Parteien, betrachtet die sofortige wirksame Abwehr dänischer Angriffe auf die Rechte Schleswig-Holsteins, als ein Postulat seiner nationalen Ehre.

Die gesammten europäischen und deutschen Verhältnisse erschweren den ehrenvollen und befriedigenden Abschluß der schleswig-holsteinischen Frage und diese Sachlage erscheint als der ernsteste Mahnruf zur Einigung. Diesen Ruf wiederholt zu erheben ist Pflicht jedes Vaterlandsfreundes, auf daß in dem Herzen unseres Volkes die Zuversicht lebendig werde: ein in dieser hochheiligen Sache erreichter voller und thatkräftiger Einklang zwischen den deutschen Fürsten und dem deutschen Volke werde der glückverheißende Vorbote sein für eine weitere Einigung in den großen Fragen, auf deren Abschluß die würdige und sichere politische Existenz der Gesamtnation ruht.

Der Ausschuss des deutschen Reform-Vereins sucht, soweit seine Kräfte reichen, dieser Pflicht durch vorstehende Kundgabe zu genügen, und ladet die Gesinnungsgenossen, und insbesondere die großdeutschen Vereine ein, sich derselben anzuschließen.“

v. Verchenfeld; v. Wydenbrugg; H. v. Gager; Edel; Scheffle u. s. w.

München, 27. November. Der Generaladjutant des Königs Freiherr v. der Tann ist aus Rom hier eingetroffen und hat die Entschlüsse des Königs in Betreff Schleswig-Holsteins überbracht. König Max soll in der kürzesten Zeit wieder zurückkehren.

Stuttgart, 27. November. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister des Aeußern Folgendes: Die damalige württemberg'sche Regierung sei leider am 23. November 1852 dem Londoner Protokolle beigetreten, Dänemark aber habe seit 10 Jahren den Vertrag so sehr gebrochen, daß die jetzige Regierung sich nicht mehr für gebunden erachte. Die Erbfolgerechte habe der Bund streng rechtlich zu prüfen. Wenn er den Herzog von Augustenburg anerkenne, könne dieser die Eroberung Schleswigs durch Waffengewalt fordern; in diesem Sinne werde er dem Könige Bericht erstatten. Der württemberg'sche Bundestagsgesandte sei instruirte, beim Bunde die sofortige Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu unterstützen.

Darmstadt, 27. November. Minister Baron Dalwigk antwortete dem Kammerpräsidenten, die Regierung sei zu allen zur Wahrung der Rechte der Herzogthümer erforderlichen Schritten bereit und sei ihr Bundestagsgesandter dahin instruirte.

Aus Berlin wird von verlässlicher Seite Folgendes mitgetheilt: „Herr v. Bismarck hat gestern (24.) dem Grafen Reventlow erklärt, Preußen werde den König von Dänemark auch als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen; England dränge in erster Linie, ebenso Frankreich; Oesterreich habe sich bereits ebenfalls geneigt gezeigt; Preußen könne daher nicht länger zurückbleiben; zudem müsse schleunigst gehandelt werden. Den Prinzen von Augustenburg werde man, wenn nöthig, durch Aufhebung unschädlich machen.“

Hamburg, 27. November. Das Bureau des schleswig-holsteinischen Vereines ist polizeilich geschlossen worden.

Altona, 23. November. Heute wurden auf Requisition der Kommandantenschaft hier selbst 2200 Stück Musketen von der Polizei vorläufig mit Beschlag belegt. Angeblich kommen die Gewehre als unverkäuflich von Amerika zurück und sollten von Hamburg, von wo sie auf drei Grundstücken Blockwagen hierher transportirt wurden, an die Maschinenfabrikanten Herren Lange und Zeise in Ottensen, zur Umänderung abgeliefert werden. So ist nach sorgfältig eingezogener Erkundigung der Sachverhalt, der natürlich in der jetzigen erregten Zeit vielfach anders gedeutet wird.

— Dänische Truppen in großer Anzahl werden nach Holstein geworfen. Tag für Tag rücken neue

Bataillone aus dem Norden ein und sicherem Vernehmen nach hat das Generalkommando die strengste Ordre bekommen, jedes „Aufrührerszeichen“ durch Anwendung der äußersten Gewalt zu unterdrücken. Die Soldaten haben bereits seit mehreren Tagen scharfe Patronen erhalten und werden, sowie auch nur eine Nachricht, daß eine Versammlung abgehalten werden sollte, sich verbreitet, sofort konfignirt. Von Flensburg ist am 21. d. M. wieder das 21. Bataillon mit einem Extrazuge nach Neumünster befördert worden, so daß im Ganzen jetzt in Holstein gegen 10.000 Mann dänischer Soldaten liegen dürften.

Ueber die Ernennung Karl Moltke's wird der „Wes. Ztg.“ aus Holstein geschrieben: „Soeben trifft die Nachricht ein, daß Karl Moltke, der Mann, der seit 1846 seinen Namen zu den fluchbeladensten in den Herzogthümern gemacht hat, zum Minister für Holstein und Lauenburg ernannt werden soll. Holstein soll seinen Murawiewer erhalten! Das ist die Bedeutung dieser Ernennung. Doch täuscht man sich gewaltig in Kopenhagen, wenn man uns auf diese Weise einschüchtern zu können glaubt. Nieder mit dem dänischen Regiment, koste es was es wolle! — wird jetzt die Losung werden im ganzen Lande. Aber vor Allem muß jetzt Deutschland, namentlich das deutsche Volk das Seinige thun. Jetzt oder nie!“

Aus Paris, 23. November, wird der „G. C.“ geschrieben: Als Monsignor Chigi, der päpstliche Nuntius, dem Hrn. Drouin de Lhuys den zustimmenden Bescheid seiner Regierung zum Kongreßvorschlag eröffnete, entgegnete der auf's Angenehmste überraschte Minister wörtlich: „Berichten Sie Sr. Heiligkeit, daß die kaiserl. Regierung diesen Ausdruck des Vertrauens in seinem vollen Umfange zu schätzen weiß und nehmen Sie mein Wort darauf, daß die Curie diesen Schritt niemals zu bedauern haben wird.“

Bukarest, 27. November. Graf Alton Shee, Associé des Hauses Salamanca, ist hier angekommen, um der Regierung Vorschläge über die Eisenbahnbauten zu machen. Zu demselben Zweck ist der Engländer Gyles für die moldauischen Bahnen hier eingetroffen.

Calcutta, 22.; Hongkong, 15. October. Eine Kundmachung des britischen Gesandten in Peking verbietet den britischen Unterthanen den Handel mit Waffen und Kriegsbedarf, außer für die kaiserlich-chinesische Regierung. Es circulirt das Gerücht vom Abschluß eines Allianzvertrages zwischen der chinesischen und britischen Regierung. Sutschau ist vom Major Gordon und den kaiserlichen Truppen eingegeben. Ein französisch-chinesisches Contingent erklimmt Jotang in der Provinz Ningpo. Auf dem Yangtschikiang herrscht große Unsicherheit. Aus Japan wird gemeldet, daß der Mikado auf der Vertreibung der Fremden besteht, während der Taikun fremden Beistand zu erwarten scheint. Der Gouverneur von Nangasacki benachrichtigte den britischen Consul, daß in der Nachbarschaft bewaffnete Banden erscheinen, gegen die er nichts vermöge. Mehrere mit den Fremden handelnde Kaufleute seien ermordet worden. Der Fürst von Chosew unterbricht den Verkehr mit Nangasacki. Die Holländer wollen die ihrer Flagge angethane Unbill rächen und ebenfalls activ auftreten. Die Regengüsse in Batavia und Singapore haben großen Schaden angerichtet.

Tagesbericht.

Laibach, 30. November.

Die gesellige Unterhaltung der Laibacher Turner, Sänger und Schützen im Salon Fischer letzten Samstag war wieder sehr besucht und sehr animirt. Der erste Vortrag „über Magnetismus“ wurde vom Sprechwart der Turner gehalten.

Der „Južni Sokol“ hatte, wie wir hören, an demselben Abend auch eine ähnliche Unterhaltung und gab davon dem Prager „Sokol“ telegraphisch Nachricht.

Nächsten Freitag findet das zweite Concert der philharmonischen Gesellschaft Statt.

In Waitisch wurde ein wuthkranker Hund erschlagen, nachdem er mehrere Hunde gebissen hat. Es wurden sofort die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln getroffen und Samstag in später Abendstunde noch hier bekannt gemacht.

Der Seifenstiebergeselle J. S. wurde wegen grober Mißhandlung seiner Mutter und Geschwister der Strafbehörde zugeführt.

Zum Vorstände der Klagenfurter Schützen-Gesellschaft wurde an Stelle des freiwillig zurückgetretenen Oberschützenmeisters Hrn. Fr. Maier, fast einstimmig Herr Sigmund Hoffmann gewählt. Es ging bei der Wahl selbst stürmisch her.

In der Nähe Marburg's sind verschiedene Petrefakten gefunden worden, unter anderem ein Stück von einem fossilen Zahn. Das Stück, etwa

1 1/2 Fuß lang und im Durchmesser von circa 4 Zoll, scheint ein Mittelstück eines Zahnes von einem vorweltlichen Elephanten zu sein; leider ist es durch die Einflüsse des Tagwassers (da es in einem Schottergrunde gefunden) stark beschädigt und läßt sich stückweise leicht abbrehen. Der ganze Zahn dürfte eine Länge von 7—8 Fuß gehabt haben. — Interessanter ist noch ein anderes Petrefakt, welches früher in der Nähe von Saldenhofen ebenfalls beim Eisenbahnbaue gefunden wurde. Es ist der Unterkiefer eines Wiederkäfers, und zwar wie die ziemlich gut erhaltenen Mahlzähne schließen lassen, gehört es dem Palaeotherium magnum an. Leider scheint auch dieses in einem groben Konglomerate eingeschlossene Ueberbleibsel der vorweltlichen Fauna den Winterungseinflüssen stark ausgesetzt zu sein, da die Knochensubstanz sich sehr leicht abbröckelt.

Die Statthalterei in Graz hat das Grundgesetz des dortigen Turnvereins genehmigt. — Der Turnwart des Grazer Turnvereins, Herr Dr. Schreiber hat Graz verlassen und vor einigen Tagen lief von ihm ein Schreiben aus Hamburg ein, worin er seine Absicht kundgab, sich an der Aktion für Schleswig-Holstein zu betheiligen.

Wien, 28. November.

Se. Maj. der Kaiser haben, einer Mittheilung des „Wanderer“ zufolge, dem Studierenden der Philologie, Herrn L. Leskovec, welcher bekanntlich in den Preßprozeß des „Ost und West“ wegen einer beanstandeten Uebersetzung abgeurtheilt worden ist, die Rechtsfolgen dieser Aburtheilung gänzlich nachgesehen.

Wie man hört, sind auf den vom k. k. Kriegsministerium bekannt gegebenen Wunsch des Herzogs von Modena die politischen Behörden angewiesen worden, den professionskundigen und erwerbsuchenden Ex-Soldaten der aufgelösten modenesischen Brigade, welche im Kaiserstaate ihren Erwerb suchen, den möglichsten Vorschub zur Gründung und Erleichterung ihrer Existenz zu leisten.

Im Befinden Friedrich Hebbels ist eine traurige Verschlimmerung eingetreten. Die Lähmung ist eine ganz vollständige geworden, nicht den Finger vermag der Kranke zu heben und seit drei Tagen nimmt er keine andere Nahrung zu sich, als etwas Milch. Dabei unaussprechlich quälende Schmerzen! Den Ärzten ist es bisher nicht gelungen, den Charakter der Krankheit sicher festzustellen.

Die „Wiener Abends.“ schreibt: Die „France“ war nicht gut informiert, als sie die Behauptung aufstellte, Oesterreich habe seinen Entschluß in Betreff der Congreßfrage noch nicht kundgegeben. Die Antwort des k. k. Cabinets auf die Einladung zum Congreß ist bereits am 17. d. M. nach Paris abgegangen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 28. November. In der heutigen Bundestagsitzung wurde das Creditiv des dänischen Gesandten vorgelegt; das Präsidium beantragte die Ueberweisung an den Ausschuß. Hiegegen protestirt Freiherr v. Dink. Andere Gesandte erklären, daß dem Gesandten des Königs Christian, ehe die Bundesversammlung über die Stimmführung für Holstein einen Beschluß gefaßt, das Wort zu versagen sei; eine darüber herbeigeführte Abstimmung entscheidet gegen die Zulassung des dänischen Gesandten, welcher den Saal verläßt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Kurze Zeit nachher fand eine zweite Sitzung Statt, in welcher mit bedeutender Majorität der Ausschußantrag hinsichtlich der Stimmführung für Holstein angenommen wird, welcher dahin geht: 1. Die Führung der holsteinischen Stimme in der Bundesversammlung sei zur Zeit zu suspendiren. 2. Hievon sei dem dänischen Gesandten und dem großherzoglich badischen Gesandten v. Mohl Mittheilung zu machen.

Berlin, 27. November (Nachts). In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von Waldeck und 36 Genossen folgendes Amendement zum Antrage Virchow's eingebracht:

Das Abgeordnetenhaus beschränkt sich auf die Erklärung, es sei das Interesse Deutschlands und Preußens, daß Christian IX. von Seiten Preußens nicht als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werde.

Paris, 28. November. Der „Constitutionnel“ wirft England vor, daß es überall verweigert habe, sich der hochherzigen Initiative Frankreichs anzuschließen. Wenn über Europa schwere Verwicklungen (conflagrations) kommen, wie dieß zu wahrscheinlich ist, so wird die Verantwortlichkeit auf die zurückfallen, welche das Werk des Friedens und der Versöhnung zurückgestoßen haben.

Paris, 28. November. (Telegr. der „Presse.“) Das „Memorial Diplomatique“ analysirt die Ant-

worten, welche die vier Großmächte auf die Einladung Napoleon's zum Congreß gegeben haben:

Oesterreich nimmt den Congreß im Prinzip an, verlangt aber ein Programm;

Preußen nimmt den Congreß auch ohne Programm an, empfiehlt jedoch Minister-Konferenzen ohne persönliches Erscheinen der Monarchen;

Rußland geht vollständig auf die Anschauungen Napoleon's ein, auch Kaiser Alexander wünsche stets eine allgemeine Entwaffnung, aber es scheint ihm doch nützlich, ein Programm für den Congreß aufzustellen;

England hat heute seine Antwort überreichen lassen, worin für jetzt der Congreß einfach abgelehnt wird.

Ferner berichtet dasselbe Organ: Dänemark habe es abgelehnt, sich der Antwort Englands anzuschließen, und habe vielmehr England gerathen, zum Congreß zu gehen.

London, 28. November. Lord Elgin ist gefährlich erkrankt und ward am 14. November immer schwächer. Nach amtlichen Nachrichten haben die Engländer in der indischen Grenzaffaire 60 Mann verloren.

London, 28. November. Dem Vernehmen nach ist an die deutschen Großmächte die Erklärung abgegangen, England trete entschieden ein für die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls und habe Dänemark, wenn Deutschland einen Kriegsfall herbeiführe, seinen Beistand durch die Flotte zugesichert.

London, 28. November. „London Gazette“ veröffentlicht die anglo-französische mit der Congreßablehnung schließende Correspondenz. Die Mehrzahl der Blätter ist mit der schnellen Veröffentlichung derselben und dem Tone des Grafen Russell zufrieden.

Einladung

zur nächsten Gemeinderathssitzung am 1. December 1863, Nachmittags um 4 Uhr.

Tagesordnung:

1. Lesung des letzten Sitzungsprotokolls;
2. Mittheilung des Einlaufes;
3. Vorlage einer Plakatordnung;
4. Referat der Finanz-Section, betreffend die zugestandene Befreiung von der Hundesteuer;
5. Vortrag der Bau-Section über den Schulbau bei den Klosterfrauen;
6. Vorlage der Vollzugsvorschriften wegen der Hundesteuer;
7. Vortrag zur Bewilligung des neuen Trottoirs am Hauptplatz oberhalb des Stadbrunnens;
8. Verathung über die entworfene, vom betreffenden Comité geprüfte Feuerlöschordnung.

Laibach, am 27. November 1863.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 28. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 1 Wagen mit Getreide, 1 Wagen mit Heu und Stroh, 30 Wagen und 7 Schiffe mit Holz, 110 Mezen Erbsen.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. —. — (Magazins-Preis fl. 5.68); Korn fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.40); Gerste fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.98); Hafer fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.18); Halbfucht fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.82); Heiden fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.44); Hirse fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.90); Aukurug fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.50); Erbsen fl. 1.30 (Mg. Pr. fl. —. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —. —); Bifolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 49, Schweineschmalz kr. 39; Speck, frisch kr. 27, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 47; Eier pr. Stück kr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 21, Schweinefleisch kr. 23, Schöpfensfleisch kr. 13; Hühner pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 14; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 12, detto weißer fl. 10 bis 14.

Neustadt, 25. November.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Merling fl. 2.33; Korn fl. 1.33; Gerste fl. 1.27; Hafer fl. —.75; Halbfucht fl. 1.50; Heiden fl. 1.33; Hirse fl. 1.30; Aukurug fl. 1.43; Erbsen fl. 1. —; Linsen fl. 2.80; Erbsen fl. 2.80; Bifolen fl. 2.80; Rindschmalz pr. Pfund kr. 50, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 35, detto geräuchert kr. 40; Butter kr. 35; Eier pr. Stück kr. 14; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 19, Kalbfleisch kr. 25, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfensfleisch kr. 15; Hühner pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 20; Heu pr. Ztr. fl. 3.80, Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter fl. 6.30, detto weiches fl. 4. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5, detto weißer fl. 5.

Börsenbericht. Wien 24. November (Fr. 3. Jg. Abbl. Mittags 1 1/2 Uhr) Die Börse eröffnete in guter Haltung, wurde jedoch in Folge des telegraphisch angezeigten „Constitutionnel“ sehr flau. Staatspapiere verloren 1/10 bis 1/100, Bank-, Dampf- und böhmische Westbahn-Aktien 2 fl. bis 5 fl. pr. Stück am Garbe gegen über, während gleichzeitig fremde Valuten, die anfänglich von mehreren Seiten unter der gestrigen Notiz willig abgegeben wurden, um circa 1/100 sich vertheerten. Geld im Umlaufe genügend flüssig, im Leihgeschäft jedoch zum Schluß sehr knapp.

Öffentliche Schuld.				Wechsel.			
A. des Staates (für 100 fl.)				Salm			
In österr. Währung zu 5%	69.—	69.10		zu 40 fl. G. M.	35.—	35.50	
5% Anleihe v. 1861 mit Rückz.	96.75	97.25		zu 40 fl. G. M.	33.—	33.25	
ditto ohne Abschritt 1863 1/2.	95.—	95.50		Glary	40	33.—	34.—
National-Anleihen mit				St. Genois	40	33.25	33.75
Jänner-Coupons	5%	80.90	81.—	Windischgrätz	20	21.25	21.75
National-Anleihen mit				Waldstein	20	20.—	20.50
April-Coupons	5%	80.80	80.90	Keglevich	10	15.—	15.25
Metalliques	5%	74.—	74.20	Wechsel.			
ditto mit Mai-Coup.	5%	74.20	74.30	3 Monate.			
ditto	4 1/2%	65.—	65.25				
mit Verlosung v. Jahre 1839	131.—	132.—					
„ 1860	90.50	91.—					
„ 1860 zu	91.20	91.40					
„ 500 fl.	91.90	92.10					
„ zu 100 fl.	17.50	18.—					
Como-Rentensch. zu 42 L. Austr.							
B. der Kronländer (für 100 fl.)							
Grundentlastungs-Obligationen.							
Nieder-Österreich zu 5%	87.25	87.75					

Effekten und Wechsel-Kurse			
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.			
Den 28. November 1863.			
Effekten.		Wechsel.	
5% Metalliques	74.20	Silber	121.—
5% Nat.-Anl.	80.80	London	120.90
Bankaktien	742	R. f. Dufaten	5.80
Kreditaktien	177.50		
1860er Lose	91.25		

Lottoziehungen vom 28. November.
Wien: 16 66 6 51 49.
Graz: 88 48 72 20 86.

Abgang der Mailpost von Laibach:
nach Villach: durch Oberkrain, Oberkrain, bis Villach, dann Brigen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland — täglich um 4 Uhr Nachmittags.
„ Klagenfurt über Krainburg, Neumarkt zc. — täglich früh 3 1/2 Uhr.
„ Neustadt, Seisenberg, Rassenfuß, Witting und Tschernembl — täglich Abends 5 Uhr.
„ Gili, Carriolpost, über Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter — täglich früh 6 Uhr.
„ Gottschee, Botenpost, über Großschätz, Reifnitz zc. — täglich früh 4 Uhr.
„ Stein, Botenpost, über Maunburg zc. — täglich Nachmittags 3 Uhr.

Nach Neustadt werden nur 3 Reisende, bedingungsweise kann auch ein 4ter aufgenommen werden.

Ankunft der Mailpost in Laibach:
von Villach: von allen Postämtern bis Villach, bis Brigen, Salzburg, Tirol, Schweiz, Italien, Westdeutschland, Oberkrain, Oberkrain, — täglich früh 7 1/2 — 8 Uhr.
„ Klagenfurt, Neumarkt, Krainburg zc. — täglich Abends 9 Uhr 30 Min.
von Neustadt, Seisenberg, Rassenfuß, Witting und Tschernembl — täglich früh 6 Uhr.
„ Gili (Carriolpost), Podpetich, St. Oswald, Franz, St. Peter zc. — täglich Nachm. halb 3 Uhr.
„ Gottschee, Botenpost, Großschätz, Reifnitz zc. — täglich Nachm. 3 — 4 Uhr.
„ Stein (Botenpost), Maunburg — täglich früh 7 Uhr.
Anmerkung: Die Briefpost ist von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends offen. Zwischen 7 und 8 Uhr werden die Zeitungen rückwärts ausgegeben. — Die Fahrpost ist von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Abends geöffnet. Bei der Mailfahrt nach Villach werden unbeschränkt, bei jener nach Klagenfurt 11 u. nach Neustadt 7 Reisende aufgenommen. Freigebild 30 fl. 100 fl. werth. — Kellern jeder Art wollen mündlich oder schriftlich bei der Amtsvorstellung angebracht werden. Bei Verspätungen der Posten und der Züge erfolgt die Ausgabe um so viel später.

Fremden-Anzeige.
Den 27. November 1863.
Die Herren: v. Camillo, — Sattlani, Grundbesitzer, — Spolar, und — Oerni, von Triest. — Hr. Wollach, Großhändler, von Cassel. — Die Herren: Saig, Kaufmann, — Gruber, Handlungsreisender, und — Emplungen, von Wien. — Hr. Schaffert, von Berlin. — Hr. Tugendhat, von Vielitz. — Hr. Dr. Gaudier, von Stein.

3. 2407. (1)
In der schönsten und fruchtbarsten Gegend Unterkrain's,
an der Hauptstraße nachgelegen,
wird ein sicheres Einkommen über 20% Reinertrag demjenigen Dekonomen, Privaten, Pensionisten oder geistlichen jubilanten Herrn, der angenehm und in gesunder Gegend am Lande zu leben wünscht, garantirt, der ein sehr preiswürdiges, neu gebautes, 1 Stock hohes, nettes Wohnhaus mit 5 Zimmern, Sparküche zc. zc. sammt 21 Joch der besten Acker, mit Laufgräben versehenen, und mit Obstbäumen bepflanzten Wiesen, ferner eine Wasserkrast nächst der Pfarrkirche einer über 5000 Seelen zählenden Pfarre sammt fundus instructus, Fruchtvorräthen, Viehstand zc. zc. um circa 6000 fl. unter günstigen Zahlungsbedingungen mit oder ohne Möblirung wegen Ueberfiedlung schuldensfrei erkaufen will.
Staatspapiere werden um höhern Kurs statt Zahlung angenommen.
Die Auskunft darüber erteilt M. F. poste restante St. Bartholomä bei Neustadt.

3. 542. a (1) Nr. 7765. Kundmachung.

Vor einigen Tagen wurde in Waitzsch ein, erhobenermassen mit der Wuth behafteter Hund erschlagen, welcher sowohl hier, als in der Umgebung mehrere Hunde gebissen hat, und da er sich durch längere Zeit im Freien herumtrieb, noch mehrere Thiere angefallen haben dürfte.

Zur Verhütung der höchst traurigen Folgen, welche jede Vernachlässigung der hier dringend gebotenen Vorsichtsmaßregeln nach sich ziehen muß, werden im Interesse der persönlichen Sicherheit die Eigenthümer von Hunden, unter Hinweisung auf den §. 387 St. G., aufgefordert, dieselben genau zu beobachten, und wahrgenommene Krankheitsanzeichen sogleich behufs der weiteren Veranlassung zur hieramtlichen Kenntniß zu bringen.

Zugleich wird angeordnet, daß die Hunde durch sechs Wochen, nur an einer Schnur geführt, im Freien erscheinen dürfen.

Frei herumlaufende Hunde werden unnachlässiglich eingefangen, und die ohne Marke sogleich vertilgt, jene mit Marken können, wenn sie sonst unverdächtig befunden werden, binnen 3 Tagen gegen Erlag der Taxe von zwei Gulden bei dem löblichen Magistrate ausgelöst werden.

Von der k. k. Polizei-Direktion.
Laibach den 27. November 1863

3. 277. (22)

Die NIEDERLAGE

der k. k. ersten landesbefugten

Klattauer Waschen-Fabrik

des
J. A. Dattelzweig
befindet sich bei
ALBERT TRINKER
in Laibach, Hauptplatz Nr. 239,
„zum ANKER.“

3. 2384. Bei Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg in Laibach ist zu haben:

In vierzehnter verbesserter Auflage erschien:

Knallerbsen,

oder: Du sollst und mußt lachen.

Enthaltend 256 neue Anekdoten und Schwänke, zur Unterhaltung auf Reisen, in Gesellschaften und bei Tafel, von Künstlern und Gelehrten, wie auch von Friedrich dem Großen, Kaiser Joseph II. und Napoleon III. Nebst 36 Räthseln und Charaden. Von Fr. Rabener.

Vierzehnte Auflage. Preis 60 kr.
Mit Vergnügen wird man in diesem Buche lesen und viele dieser ausgezeichneten Anekdoten auf Reisen und in Gesellschaften wieder erzählen

Um die Sprache des Herzens zu Gemüth und Seele zu führen, ist das für Liebende ausgezeichnete Buch erschienen:

Briefsteller für Liebende

beiderlei Geschlechts. — Enthält 90 Musterbriefe über alle Liebesverhältnisse im blühendsten Styl und in den elegantesten Wendungen, nebst 20 Polterabendserzen und Hochzeitsgedichten.

Von G. Wartenstein. 8 u n f t e verb. Auflage Preis 60 kr.
Dieses schöne Buch gibt Anleitung, sich geliebten Personen mit Richtigkeit, Deutlichkeit und Eleganz der Sprache mitzutheilen.

Um in allen Lebensverhältnissen besser fortzukommen und den Anstand zu beobachten, liefert die besten Anweisungen die sehr zu empfehlende Schrift:

Neues Komplimentirbuch.

Enthaltend: 64 Glückwünsche bei Neujahrs- und Geburtstagen, — 15 Liebesbriefe, — 13 Anreden beim Tanze, — 10 Einladungen auf Karten, — 20 Gedichte bei Hochzeits-, Geburtstags-, und andern Feierlichkeiten, — 14 Schemata zu Auffagen für öffentliche Blätter, — 35 Stammbuchverse, — eine Blumenprache und 20 belehrende Abschnitte über Anstand und Feinsitte. — Von Fr. Meyner.

Dreihundzwanzigste Auflage. Preis 75 kr.
Von allen bis jetzt erschienenen Komplimentirbüchern ist dies von Fr. Meyer herausgegebene das beste, vollständigste und empfehlenswerthe, was auch schon der Absatz von 30.000 Exemplaren in 25. Auflagen beweist.

3. 2411. (1) Anzeige.

Im Hause des Ferdinand Makar zu Krainburg am Hauptplatz, Nr. 117, ist ein für jedes Handlungsgeschäft vollkommen geeignetes Gewölbe mit einem gleich daneben befindlichen Magazin und einer geräumigen Wohnung im ersten Stocke rückwärts sogleich zu übernehmen, und das Nähere darüber im II. Stocke bei dem Hauseigenthümer zu erfragen.

3. 2250. (4) Wohnungs-Anzeige.

Im Hause Nr. 21 am alten Markte ist der ganze erste Stock mit der Altane, bestehend aus 8 Zimmern, 2 Kabinetten, dann Küche, Speis- und Holzgewölbe, für kommenden Georgi 1864 zu vermietthen.

Das Nähere ist im 2. Stocke bei dem Hauseigenthümer zu erfahren.